

## ***KGW's Rundschreiben***



26.11.2015  
Seite 1 von 4

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Die Europäische Union mit ihren ca. 500 Millionen Bürgern und einem Bruttoinlandsprodukt von 14.000 Milliarden Euro ist neben der USA die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Die noch immer bestehende Finanzkrise haben allerdings 28 EU-Kommissionen sowie die 33 spezialisierten Abteilungen bis heute nicht bewältigt. Vielleicht liegt es daran, dass die unterschiedlichen Nationen in Europa keine gemeinsame Sprache sprechen, gerne die wirtschaftliche Integration in Anspruch nehmen, ohne sich allerdings den EU-Regeln zu unterwerfen bzw. von den eigenen Kompetenzen etwas abzugeben. Bis zu einem wirklich vereinten Europa ist also noch ein sehr langer Weg.

Dass die Flüchtlingswilligen den Satz der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ bis nach Syrien gehört haben, ist Grund für die vielen, die sich Deutschland als Ziel Ihrer Flucht aussuchen. Als Bewohnerin der DDR hat Angela Merkel eine Vorgeschichte und sagte den bekannten Satz bestimmt unter dem Aspekt, dass das starke Deutschland bereit ist, Menschen in Not zu helfen. Real muss man sich heute aber die Frage stellen, ob wir das wirklich schaffen? Vielmehr kann schon heute festgestellt werden, dass Europa die Lösung der Asyl- und Einwanderungspolitik verschlafen hat. Die aktuelle kurzfristige Hilfsbereitschaft in der breiten Bevölkerung wird mit Sicherheit nicht so bleiben, sondern abnehmen. Bei der Vielzahl der einwandernden Flüchtlinge gibt es auch Personen, die unsere öffentliche Sicherheit gefährden und die Zahl der Kriminaldelikte erhöhen. Hier muss der Rechtsstaat einschreiten, um seine Bürger zu schützen. Nicht alle Flüchtlinge sind freundliche Zeitgenossen und dieser Tatbestand wird die Fremdenfeindlichkeit bei den Deutschen schüren. Wenn man die Asylanten in Deutschland integrieren will, kann man sie nicht in Turnhallen oder Wohncontainern unterbringen, sondern muss Wohnraum und Arbeit zur Verfügung stellen und sie am medizinischen Sozialsystem teilhaben lassen. Deshalb muss die Bildung der Migrantenkinder sowie der Erwachsenen gefördert werden. Das kostet natürlich viel Geld und bringt den Etat des Bundesfinanzministers ins Schwanken. Die deutsche Gesellschaft überaltert und deshalb müssen wir uns fragen, ob wir mit Einwanderern aus unterschiedlichen Ländern auf Sicht leben, sie hier einbürgern und eben nicht als fremde Parallelgesellschaft abstempeln können. Lernen die Flüchtlinge kein Deutsch und werden keine Ausbildungsprogramme aufgelegt, besteht die Gefahr der Kanalisierung ins Sozialsystem. Es ist wenig durchdacht, Recep Tayyip Erdogan 3 Milliarden Euro in die Hand zu drücken, um syrische Flüchtlinge vom Weiterwandern in EU-Staaten abzuhalten. Dieses Geld und weit mehr wären für den Ausbau von Flüchtlingslagern und den Aufbau von Kindergärten und Schulen in den jeweiligen Ländern weitaus sinnvoller investiert.

Die FAZ veröffentlichte kürzlich (Quelle: EZB) die durchschnittlichen Finanzvermögen der Einwohner Europas. Während der Durchschnitt bei 64.200 € liegt, kann man die Niederlande mit ca. 139.400 € pro Kopf als reichstes Land und die Slowakei mit 10.665 € pro Kopf auf dem letzten Tabellenplatz erkennen. Deutschland liegt mir „nur“ ca. 65.000 € pro Kopf auf einem der mittleren Plätze.

Die Affäre um den größten deutschen Industriekonzern VW kann man durchaus als Krise bezeichnen. Geht es VW schlecht, leidet darunter nicht nur Wolfsburg, sondern ganz Deutschland. Die Manipulationen von Abgaswerten bringen dem Konzern sicherlich nicht nur in diesem Jahr Milliarden-Verluste und gleichzeitig auch der Stadt Wolfsburg und dem Fiskus. Da Niedersachsen ein finanzschwaches Land ist, tragen allein beim Wegfall der Gewerbesteuer rund 40 Millionen Privathaushalte diesen Skandal mit.

Mit der bisherigen Geldpolitik ist es Mario Draghi nicht gelungen, die Inflation zu erhöhen. Aus diesem Grund will die EZB am 03. Dezember die Geldschwämme ausweiten. Deshalb werden die Märkte auf weitere Anleihekäufe vorbereitet. Die ersten Ankündigungen ließen die Börse jubeln und den DAX steigen. Im Sommer 2014 hat die EZB einen Strafzins von 0,2% für Einlagen der Banken bei der Zentralbank eingeführt.

Seit März diesen Jahres kauft die EZB monatlich für 60 Milliarden Euro Wertpapiere an. Der Bundesbankpräsident Jens Weidmann kritisiert die lockere Geldpolitik und weist auf Risiken und Nebenwirkungen hin. Die bereits ergriffenen Maßnahmen, so sagt er, haben die volle Wirkung noch nicht erreicht. Darüber hinaus könnten sich Länder an diese Zinspolitik gewöhnen und eigene Reformen verschleppen. Das Billionen-Programm der EZB soll noch bis September des nächsten Jahres laufen.

Es ist schon lange her, dass die Banken Europas ganzer Stolz waren. Heute gilt die Devise, zu sparen und kleiner und schlanker zu werden. Die chronischen Niedrigzinsen nagen an den Margen der Bankinstitute und lassen deren Erträge deutlich schrumpfen. Was man in solchen Situationen macht, ist klar: tausende von Arbeitsplätzen streichen! Seit der Finanzkrise ist die Zahl der Mitarbeiter bei deutschen Banken um ca. 35.000 gefallen und über 4.200 Bankfilialen wurden geschlossen. Ein Ende der Sparpolitik ist noch nicht abzusehen.

Die starken Arbeitsmarktdaten in den USA lassen Anleger auf eine Zinswende der FED spekulieren. Schon seit geraumer Zeit gibt es Prognosen 1 US-\$ = 1 €. Das hatten wir zuletzt im Dezember 2002. Im Augenblick kostet der Euro ca. 1,06 US-\$, jedoch geht der Trend nach unten. Wenn sich die Nachfrage nach US-\$ verstärkt, liegt es durchaus im Rahmen des Möglichen, dass der Euro im ersten Halbjahr des nächsten Jahres auf 0,95 \$ fällt. Der Devisenmarkt ist allerdings unberechenbar. Deshalb gibt es keine verlässlichen Spekulationen für die nahe Zukunft.

Die Anschläge in Paris, so sagte der französische Staatspräsident Francois Hollande, seien in Syrien geplant und entschieden und in Belgien vorbereitet worden. Die Mordanschläge des IS (Islamischer Staat) sind für ihn ein Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates der EU und das verlangt die Unterstützung der anderen Mitgliedsstaaten gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Er verlangt eine Sitzung im UNO-Sicherheitsrat. Ob man die Anschläge als Krieg bezeichnen kann ist fraglich, denn dazu bedarf es einer geordneten Armee auf Seiten der Islamisten. Wie dem auch sei – es ist zu befürchten, dass es in den nächsten Tagen und Wochen weitere Anschläge geben wird und das nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern der EU. Wir müssen mit der Bedrohung leben, uns darauf einstellen und daran glauben, dass die Sicherheitskräfte des jeweiligen Landes die Situation unter Kontrolle bekommen.

Im Sommer diesen Jahres wurde das dritte Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 86 Milliarden Euro von den Gläubigern beschlossen. Bisher wurden davon 13 Milliarden Euro ausbezahlt. Weitere 2 Milliarden Euro sollten bis Ende Oktober fließen, wurden aber nicht ausbezahlt, weil die Voraussetzungen seitens Griechenland nicht erfüllt wurden. Z.B. bedienen aktuell 300.000 griechische Wohnungsinhaber ihre Kredite nicht. Bisher wurden sie vor Zwangsräumungen geschützt (und das hatte Tsipras im Wahlkampf versprochen), allerdings soll es damit demnächst vorbei sein. In der letzten Woche einigte man sich mit dem griechischen Finanzminister Euklid Tsakalotos darüber, dass die Schutzklausel für Wohnungsbesitzer künftig nicht mehr gelten soll. Da bis Dezember dieses Jahres noch weitere rund 35 Punkte bearbeitet und erledigt werden müssen, kann man sich auf zähflüssige Verhandlungen einstellen. Eines scheint aber sicher. Müsste Griechenland die Eurozone verlassen, würden die Gläubiger größere Verluste erleiden, als wenn sie einem Schuldenerlass zustimmen. Für die Griechen wäre es mehr als schmerzhaft – die Gläubiger allerdings erhielten weniger Geld.

Unsere Kurzinformationen zeigen, dass Europa mit einer Menge Krisenherde zu kämpfen hat. Für Pessimisten wird es immer wahrscheinlicher, dass die EU zusammenbricht. In der Tat gibt es zahlreiche Widersprüche. Während Frankreich den größten Teil seines Stroms aus Atomkraft gewinnt, stieg Deutschland nach dem GAU im japanischen Atomkraftwerk in Fukushima aus der Atomkraft aus. Mit dem Thema Russland und Sicherheit für die Stabilität Europas geht jedes Land unterschiedlich um. Die Flüchtlingsströme aus Syrien zeigen eindeutig Versäumnisse der europäischen Außenpolitik. Wir müssen uns fragen, ob die Linkskoalition in Portugal zu einem ähnlichen Problem für die Mitgliedsländer wird, wie wir es in Griechenland erlebt haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch Spanien in Kürze ein Problemfall werden könnte. Einer der Gründungsväter der EU sagte „Europa wird in Krisen geschmiedet werden und es wird die Summe der zur Bewältigung dieser Krisen verabschiedeten Lösungen sein“. Gewiss hat er nur an kleine und nicht an große Krisen gedacht, mit denen wir uns derzeit konfrontiert sehen. Wir Europäer müssen uns bewusst sein, dass wir nur gemeinsam stark sind. Stärker als die einzelnen Nationen.

## Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Was waren das noch für Zeiten, als es am Edelstahlmarkt Kontingente für die einzelnen Edelstahlproduzenten gab. Heute gibt es Überkapazitäten (es versteht sich von selbst, dass diese hausgemacht sind), Anti-Dumping-Zölle auf Edelstahlimporte aus China und Taiwan und Preise, die nicht nur stark gefallen sind, sondern die man durchaus als ruinös bezeichnen muss. Natürlich gibt es auch heute interessante Bedarfe. Diese sind preislich allerdings so umkämpft, dass man es unterlassen sollte, Nachkalkulationen zu erstellen. Ohne Zweifel wird es für einige Anbieter um einen Überlebenskampf gehen. Wir sprechen offen aus, dass im Augenblick eine Trendwende nicht in Sicht ist. Ohne Prophet zu sein prognostizieren wir für die nächsten Wochen (ausgehend vom Status quo) einen Edelstahlmarkt, der sich kaum verändern wird. Es wird zwar von Preiserhöhungen gesprochen, aber wir halten es mit dem Ausspruch: die Worte hör' ich schon, jedoch mit fehlt der Glaube (in Anlehnung an Goethes „Faust“).

## Die Rohstoffmärkte

Der Dambruch in der brasilianischen Eisenerzmine des Konzerns Samarco kostete 16 Menschen das Leben. Beherrscht wird diese Gesellschaft von der australisch-britischen BHP Billiton und der brasilianischen VALE, die dafür allerdings keine Verantwortung übernehmen wollen. Da sich diese Umweltkatastrophe über 400 km gewälzt hat, ist das Trinkwasser für Millionen von Menschen verunreinigt. Mit Sicherheit wird der brasilianische Kongress die Umweltauflagen für den Minenkonzern verschärfen.

Die Preisentwicklungen für Molybdän und Nickel sehen Sie aus der nachstehenden Statistik. Beim Nickel kann man erkennen, dass das Niveau ähnlich ist, wie bei der Finanzkrise 2008/2009. Seinerzeit lagen die Notierungen (Tiefstpunkt) bei 8.850 US-\$/mt. In diesem Zusammenhang muss man die US-\$/€-Parität vergleichen (seinerzeit 1,35, heute 1,06). Die statistischen Zahlen aus China sind mit Vorsicht zu genießen und deshalb ist eine Marktprognose für Nickel für das Jahr 2016 sehr schwer. Wertfrei nennen wir die Zahlen eines Untersuchungsberichtes, welcher das Angebotsdefizit von ursprünglich 41.000 Tonnen auf 91.000 Tonnen ausweitet. Wenn man allerdings die Nickelbestände an der LME sieht, muss man sich fragen, wie solche Prognosen zustande kommen. Man kann das auf eine einfache Gleichung bringen: steigt die Nachfrage an Edelstahl künftig nicht, wird auch der Bedarf an Rohstoffen (die zum Erschmelzen von Edelstahl Rostfrei erforderlich sind), nicht aufwärts gehen.

## Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
01.05.2015	1.120	13.760	13.810	444.312	1.236	1.538
01.06.2015	1.091	12.540	12.565	465.564	1.146	1.599
01.07.2015	1.109	11.905	11.935	457.110	1.073	1.225
03.08.2015	1.096	10.775	10.810	458.838	984	1.233
01.09.2015	1.126	9.940	9.975	453.894	885	1.166
01.10.2015	1.120	10.390	10.455	452.634	931	1.067
02.11.2015	1.102	10.050	10.075	423.876	911	997
25.11.2015	1.061	8.650	8.720	411.846	817	1.020

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483	476	486	475	459	445	438	449
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623	598	605	569	544	523	510	511
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273	1.278	1.238	1.166	1.082	985	998	1.005
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186	1.189	1.155	1.090	1.013	926	936	944
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251	1.242	1.206	1.124	1.043	951	957	958
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852	1.821	1.755	1.607	1.481	1.339	1.346	1.332
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835	794	796	735	701	671	654	652
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390	3.335	3.182	2.890	2.644	2.359	2.389	2.350
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881	1.850	1.782	1.632	1.503	1.358	1.366	1.352

\*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

### Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390	380	370	360	330	350	320	210	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200	1.200	1.150	1.130	900	1.000	970	750	
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650	1.640	1.600	1.580	1.250	1.420	1.170	1.050	

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

### Das KGW-Team